

Wir sollten uns vor Kryptowährungen schützen, solange es noch möglich ist

Florian Kern

Kryptowährungen erleichtern Geldwäsche und machen das Erreichen der Pariser Klimaziele unmöglich. Die Befürworter von Kryptowährungen verfolgen ihr Partikularinteresse mit aggressiven Methoden und die Politik schreckt vor effektiver Regulierung zurück, um nicht als innovations-feindlich zu gelten. Je länger die Zivilgesellschaft das Thema ignoriert, desto schwieriger wird es, uns vor den destruktiven Konsequenzen des Kryptobooms zu schützen.

Für viele Menschen gibt es kaum unzugänglichere Themen als Informatik und Finanzsysteme. Kryptowährungen wie Bitcoin sind quasi eine Synthese aus beidem. Das Beispiel von Bitcoin zeigt, warum das Thema weniger komplex ist, als viele vermuten und warum wir uns einmischen sollten, um die mit Bitcointransaktionen einhergehende Umweltzerstörung zu verhindern.

Wie funktionieren Kryptowährungen wie Bitcoin eigentlich?

Wer Bitcoin nutzen möchte, kann sich zunächst mit wenigen Klicks eine Art Online-Geldbörse besorgen, die sogenannte Wallet. Diese Wallet ist anders als jedes Bankkonto pseudonym, das heißt, dass nirgendwo registriert wird, dass man selbst eine solche Online-Geldbörse besitzt. Gibt man das Passwort seiner Wallet an eine dritte Person, ist das, als ob man der Person eine normale Geldbörse mit Bargeld in die Hand drückt: Nach der Übergabe ist für niemanden ersichtlich, dass die Geldbörse vorher jemand anderem gehörte. Damit unterscheidet sich eine Bitcoin-Wallet fundamental von einem Bankkonto, bei dem aus Gründen der Geldwäschevermeidung der wirtschaftliche Berechtigte auch immer der Kontoführende sein muss. Wenn man eine solche Wallet besitzt, kann man Zahlungen in Bitcoin an andere Wallets senden, die dann auf der Bitcoin-Blockchain gespeichert werden. Die Blockchain ist eine Art digitales und für alle einsehbares Grundbuch, in dem jeder sehen kann, welcher Wallet welche Bitcoin gehören. Durch dieses System ist bei Bitcoin zwar immer klar, welcher Geldbörse welche Bitcoin gehören, aber unbekannt, wem welche Geldbörse gehört. Das prädestiniert Bitcoin und andere Kryptowährungen für Geldwäschewecke oder auch zur Umgehung von Finanzsanktionen. Das ist nicht nur im Hinblick auf Sanktionen gegen Putin und seine Oligarch*innen problematisch, sondern auch, weil Geldwäsche ein Begleitdelikt jeder organisierten Kriminalität ist: Ob Menschenhandel, Drogenschmuggel oder Waffenschmuggel, je einfacher Geldwäsche ist, desto einfacher ist auch Kriminalität.



Bitcoin ist dezentral aufgebaut und verbraucht deshalb unfassbare Mengen an Energie

Die Gründer von Bitcoin waren sogenannte Cypherpunks, die aus anarchistischer Motivation heraus jede staatliche Kontrolle über Geld ablehnten. Entsprechend wurde Bitcoin so programmiert, dass es nirgendwo einen Hauptsitz gibt, der Kontoführung betreibt und den man staatlicher Regulierung unterwerfen könnte. Stattdessen werden die Bitcointransaktionen von sogenannten Minern bestätigt, die ihre Computer von überall an das Bitcoinnetzwerk anschließen und bei der Verifizierung von Transaktionen (also praktisch bei der digitalen Kontoführung) mithelfen können. Um die Miner für ihren Einsatz zu entlohnen, ist Bitcoin so programmiert, dass immer wieder neue Bitcoin an die Miner ausgelost werden. Diese Ausgestaltung bewirkt, dass keine Behörde weltweit Bitcoin regulieren kann. Das Verfahren bedeutet vor allem auch einen wahnsinnigen Stromverbrauch. Je höher der Bitcoinpreis steigt, desto attraktiver wird es für Miner, an der Verifizierung der Transaktionen teilzunehmen und auf einen Gewinn in der Verlosung zu hoffen. Aktuell wird im Mining für Bitcointransaktionen, das der Menschheit außer der Ermöglichung pseudonymisierter Transaktionen keinen Vorteil erbringt, genauso viel Strom verbraucht, wie die Niederlande insgesamt benötigen. Anders als manche Bitcoin-Jünger dies propagieren, kann das Problem auch nicht reduziert werden: Würde Strom günstiger, wäre der mögliche Gewinn bei der Bitcoinverlosung nur umso größer, sodass noch mehr Computer mit noch größerem Stromverbrauch angeschlossen würden. So wurde im US-Bundesstaat ein bereits stillgelegtes, weil besonderes dreckiges Kohlekraftwerk reaktiviert, um Strom fürs Bitcoinmining zu generieren.¹

Warum so wenig passiert und warum wir aktiv werden sollten

Alleine durch Bitcoin werden nach Schätzungen pro Jahr aktuell 90 Millionen Tonnen CO₂ emittiert.² Zum Vergleich: Ein Tempolimit in Deutschland würde nach Schätzungen des Umweltbundesamtes pro Jahr etwa 1,9 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Dennoch finden sich kaum Stimmen, die etwas gegen den Preisanstieg für Bitcoins und der damit verbundenen Energieverschwendung unternehmen wollen. Dabei ist klar: Würden alle Anschlussstellen von Bitcoin ins reguläre Finanzsystem gekappt, wäre die Kryptowährung am Ende – und die Umweltverschmutzung auch. In der Politik hingegen dominiert die Angst, als innovationsfeindlich angesehen zu werden und Chancen zu verpassen. Ein milliardenschwerer Markt aus Kryptodienstleistern lobbiiert in Brüssel und Berlin massiv dafür, sich mit Regulierung zurückzuhalten. Erst Anfang März hat das Europäische Parlament die sogenannte Mica-Verordnung (Market in Crypto Assets) abgeschwächt, die im Entwurf ein Verbot des umweltzerstörenden Minings enthielt.³ Klar ist: Wenn die Debatte weiter nur von Cypherpunks und der Kryptoindustrie vorangetrieben wird und die Zivilgesellschaft diesen nicht ein Stoppschild vor die Nase hält, wird der Kryptomarkt noch weiter wachsen – und mit ihm die wirtschaftliche Macht, die dann einer effektiven Regulierung im Weg steht. Noch können wir den Wandel hin zu einem klimazerstörenden Finanzsystem aufhalten. Dazu braucht es ein Signal auch der Umweltverbände, dass Innovationsfreundlichkeit im Jahr 2022 nicht die Unterstützung klimazerstörender Kryptowährungen bedeuten darf.

1 <https://winfuture.de/news,128229.html>

2 <https://digiconomist.net/bitcoin-may-consume-as-much-energy-as-all-data-centers-globally>

3 Handelsblatt, 8.03.2022: „Verbotspläne für Bitcoin durch EU-Parlament vorerst vom Tisch“



Florian Kern ist Direktor beim Thinktank Dezernat Zukunft in Berlin und dort für Finanzmärkte und Geldpolitik zuständig. Zuvor war er unter anderem für die Deutsche Bundesbank in New York und Frankfurt sowie für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen als Referent für Finanzmarktpolitik sowie im Untersuchungsausschuss zu Wirecard tätig.

Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>